Drogenhändler haben Skype entdeckt

«Komm, wir skypen», sagte ein Drogenhändler am Handy, das von den Ermittlern abgehört wurde. Worüber die beiden danach gesprochen haben, wissen die Behörden nicht.

Situationen wie diese haben die Berner Strafverfolgungsbehörden bereits einige erlebt: Die Software Skype erlaubt es, über das Internet verschlüsselt rund um den Erdball zu telefonieren. Diesen Vorteil nutzen jetzt auch Kriminelle. Dutzende von Fällen sind der Schweizer Justiz laut Recherchen allein im Drogenhandel bekannt. Die Firma Skype gibt sich bedeckt. Gespräche von Computer zu Computer mit

Skype ermöglicht das kostenlose Telefonieren via Internet von PC zu PC.

Skype führen über keinen zentralen Server, in den die Ermittler sich einklinken könnten. Selbst wenn es ihnen gelingen sollte, das Gespräch abzufangen, sind die Daten unbrauchbar: Skype verschlüsselt den Datenverkehr zwischen seinen Anwendern nach höchsten Sicherheitsstandards.

Kokain-Deals in Übersee

Laut dem Berner Untersuchungsrichter Matthias Stoller führen die Telefonate meist nach Übersee, oft nach Südamerika. In der Regel gehe es dabei um grössere Geschäfte im Kokainhandel. Näheres konnte Stoller mit Rücksicht auf die laufenden Ermittlungen nicht sagen. Auch die Zürcher Strafverfolgungsbehörden haben nach Auskunft des leitenden Staatsanwalts Christoph Winkler in laufenden Verfahren im Drogenbereich mit Skype zu tun. «Kriminelle wissen, dass die Behörden Mühe haben, Skype zu überwachen». Dass Skype bisher vor allem bei Drogendelikten eine Rolle spielt, steht möglicherweise in Zusammenhang mit der Ermittlungstaktik. Laut Winkler greifen die Behörden dort nicht selten zur Abhörmethode.

«Skype ist ein Problem»

Für Bernhard Weder, den Chef der Arbeitsgruppe Kommunikationsüberwachung (AGKÜ) sind diese Fälle keine Überraschung. Skype sei international ein Problem für die Strafverfolgungsbehörden. In der AGKÜ haben sich Vertreter der Kantone, des Bundes und führender Telekommunikationsunternehmen zusammengeschlossen. Ziel der Gruppe ist, im Rahmen der Strafverfolgung Möglichkeiten zur Überwachung der Internettelefonie zu finden. Bei Skype gestalte sich dies aber besonders schwierig, da die Telefonate über verschiedene Datenbanken laufen, die auf der ganzen Welt verstreut sind. Weder

Spektakulärer Drogenfund.

geht davon aus, dass die Firma mit Sitz in Luxemburg Möglichkeiten hat, die Telefonate zu entschlüsseln und an die Behörden weiterzuleiten. Skype zeige sich jedoch wenig kooperativ. Einmal – so Weder – habe er wegen eines Erpressungsfalles um Unterstützung nachgefragt. «Ich habe nie mehr etwas gehört.» Für die Behörden sei rasches Handeln in den meisten Fällen aber unerlässlich. Dafür müsste Skype allerdings mit der Polizei zusammenarbeiten, denn der Weg über ein Rechtshilfeverfahren kann Monate, wenn nicht Jahre in Anspruch nehmen.

«Skype ist extrem clever gemacht»

Skype dementierte auf Anfrage, wenig kooperativ zu sein. Die Firma unternehme alles, um auf gesetzlicher und technischer Ebene mit den Strafverfolgungsbehörden zu-

sammenzuarbeiten, liess sie schriftlich über eine PR-Agentur ausrichten. Für konkrete Fragen stehe aber kein Ansprechpartner zur Verfügung. Von einer «nach wie vor schwierigen Zusammenarbeit» spricht auch die Genfer Justiz. Zwar sei bei Skype der gute Wille vorhanden, aber die kommerziellen Interessen würden stärker gewichtet, so der Chef der Genfer Untersuchungsrichter, Stephane Esposito. Die Genfer Behörden haben es pro Jahr mit rund einem Dutzend Fällen zu tun, bei denen Kriminelle sich mit Skype verständigen – auch hier im Betäubungsmittelbereich. Skype macht es auch deshalb den Ermittlern schwer, weil es bisher niemandem gelungen ist, zu entschlüsseln, wie das Programm im Detail aufgebaut ist und funktioniert. Laut AGKÜ-Chef Weder zeigt sich die Software gegen jeden Versuch der Erschliessung ihres Bauplans – dem sogenannten Reverse Engineering – resistent. «Das Programm ist extrem clever gemacht.» So bleibt den Strafverfolgungsbehörden oft nur der Rückgriff auf altbewährte Mittel: Gegen Abhörgeräte zum Beispiel sind selbst Skype-Gespräche nicht gefeit.

Das ist Skype

Die Software Skype ermöglicht es, gratis Telefongespräche über das Internet zu führen. Das Programm wandelt Gespräche so um, dass sie über das Internet Protocol (IP) übertragen werden können. Um ein Skype-Gespräch zu führen, müssen beide Teilnehmer die kostenlose Software auf ihrem Computer installiert und sich mit einem Benutzernamen registriert haben. Mit einem Breitbandanschluss und einem Mikrofon, das an den Computer angeschlossen wird, steht einem Gespräch nichts mehr im Weg.

Skype ist eine sogenannte Peer-to-Peer-Technologie. Dabei laufen die Daten nicht über den Server eines Fernmeldeanbieters, sondern direkt von Computer zu Computer. Einzelne Computer können also gleichzeitig Dienste in Anspruch nehmen und Dienste zur Verfügung stellen. Nebst dem Telefonieren von PC zu PC ist es mit Skype auch möglich, auf das Festnetz und auf Mobiltelefone anzurufen. Diese Dienste sind allerdings gebührenpflichtig.

An Skype-Konferenzgesprächen können bis zu zehn Personen gleichzeitig teilnehmen. Videogespräche sind mit einer Webcam möglich. Mit Skype können zudem unbegrenzt grosse Dokumente wie Fotos verschickt werden, die sonst in den Mailservern oft hängen bleiben. Weltweit nutzen nach Angaben von Skype bereits mehr als 196 Millionen Menschen das Programm. Erfinder von Skype sind die Dänen Niklas Zennström und Janus Friis. Zennström und Friis haben zuvor gemeinsam die Internet-Musiktauschbörse Kazaa aufgebaut. Skype wurde 2003 gegründet und vor zwei Jahren für 2,1 Milliarden US-Dollar von E-Bay aufgekauft. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres verdoppelte die Firma mit Sitz in Luxemburg ihren Umsatz auf 89,1 Millionen US-Dollar und wies zum zweiten Mal einen kleinen Gewinn aus.

Nicht die einzige Hürde

Neben Skype gibt es für Straftäter noch viele weitere Möglichkeiten, unerkannt zu kommunizieren. Ein weitaus grösseres Problem ist gemäss dem Zürcher Staatsanwalt Christian Ochsenbein der E-Mail-Verkehr. Oft eröffnen Angeschuldigte unter falschem Namen Konten im Ausland, sodass die elektronische Post nur schwer zu kontrollieren ist. Die Behörden kämen meist nicht über die Vermutung hinaus, dass solche Konten existieren. Das gilt besonders, wenn die Kommunikation über Internetdienste läuft, die es erlauben, anonym zu surfen, zum Beispiel der in Deutschland registrierte Service JAP. Dieser ermöglicht es, sich bei einer verschlüsselten Verbindung anzumelden, die es für die Ermittler unmöglich macht, die Inhalte und die Zieladresse zu ermitteln. «Bei gewissen offiziellen Postkonten sehen wir dagegen, dass die mutmasslichen Täter den Mailverkehr für uns inszenieren», so Ochsenbein. Eine weitere Möglichkeit, den Datenverkehr zu verschleiern, ist, E-Mails gar nicht erst abzuschicken. Verbrecher können ein Konto gemeinsam nutzen und Entwürfe im Konto deponieren. Diese sind dann von beiden Parteien einsehbar. Terroristen überlisten so die US-Geheimdienste, die den gesamten Internetverkehr überwachen.

Laut AGKÜ-Chef Bernhard Weder muss das Problem der anonymen Kommunikation auf europäischer Ebene angegangen werden, und zwar im Rahmen der polizeilichen Zusammenarbeit im Bereich der Schengen-Verträge. Ein Alleingang sei praktisch aussichtslos.

Monika Rehm